

Fragen

für die Fragestunde der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. November 1978
am Donnerstag, dem 16. November 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	10, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	8, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	2, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2, 29 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft geben über die Zahl der Urlaubsanträge, Urlaubsbewilligungen und Urlaubsmissbräuche nach Einführung des Urlaubs im Strafvollzugsgesetz, und wie hat sich nach Auffassung der Bundesregierung angesichts dieser Zahlen die Einführung des Sozialurlaubs bewährt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Trifft die Mitteilung des Herrn Wulf, Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Transitkommission, zu, „daß Ost-Berlin den westdeutschen Behörden regelmäßig Listen über Verkehrsverstöße auf den Strecken von und nach Berlin zustelle“, und wenn ja, wie verträgt sich diese Mitteilung mit der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage A 85 (Drucksache 8/2186), nach der der Bundesregierung nicht bekannt sei, wieviel Verkehrsverstöße Deutschen aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) in der DDR und Berlin (Ost) zur Last gelegt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der deutschen Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kommunikationssatelliten, und welche Erfolge wurden nach dem Wissensstand der Bundesregierung bisher auf dem internationalen Markt von der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich erzielt?
4. Abgeordneter
Scheffler
(SPD) Sind der Bundesregierung Schätzungen über den internationalen Bedarf an Kommunikationssatelliten und deren weitere Entwicklung für die kommenden Jahre bekannt, und wie beurteilt sie die deutschen Marktchancen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

5. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß — wie der Außenminister der Südafrikanischen Republik, P. Botha, und dessen Generaladministrator, Steyn, erklärt haben — Millionenbeträge westlicher Länder in die Kasse der südwestafrikanischen Organisation SWAPO geflossen sind, und trifft es weiterhin zu, daß die Bundesrepublik Deutschland sich über Gebühr an diesen finanziellen Leistungen beteiligt hat und auf direktem oder indirektem Wege Fördermittel zur Verfügung stellte?
6. Abgeordneter
Wohlrabe
(CDU/CSU) In welcher Höhe wurden gegebenenfalls Fördermittel zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

7. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) In welcher Weise ist die Bundesanstalt für Arbeit in den letzten drei Jahren bei der Vermittlung von Saisonarbeitern für die Landwirtschaft tätig geworden, wie viele Arbeitskräfte konnten bei wieviel Anforderungen vermittelt werden?
8. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Informationen, in welchem Umfang die Zahl der in Schichtarbeit beschäftigten Arbeitnehmer gestiegen ist?
9. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft über die Ursachen und Folgen dieses Anstiegs geben, und wie beurteilt sie die künftige Entwicklung?
10. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Trifft es zu, daß es nach einer „Arbeitsordnung von 1938“ Frauen und Mädchen gewerberechtlich grundsätzlich untersagt sein soll, auf Baustellen zu arbeiten, selbst wenn sie in Berufsausbildung sind, und wie ist eine solche Vorschrift gegebenenfalls mit dem Grundsatz der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern zu vereinbaren?
11. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, für den Fall, daß es eine solche Rechtsvorschrift gibt, alsbald deren Aufhebung anzustreben?
12. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Mitteilung des Bundesarbeitsministers in einem Schreiben vom 24. Oktober 1978, daß die Publikation seines Hauses zum Betriebsverfassungsgesetz vergriffen sei und für einen Nachdruck das Geld fehle?
13. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zutrifft, daß mehr als 15 Chemiarbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) in Ludwigshafen seit 1969 an Bronchialkrebs erkrankt, und 11 zwischenzeitlich gestorben sind, nachdem sie mit Dichlormethyläther gearbeitet haben, und sind nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung noch weitere Fälle von Krebstoten in der chemischen Industrie zu befürchten?
14. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie hoch ist der Beitragsanteil je Mitglied der gesetzlichen Krankenkassen und Ersatzkassen für die Krankenversicherung der Rentner auf Grund des Finanzausgleichs nach § 393 b RVO?
15. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie wirkt sich dieser Finanzausgleich auf die einzelnen Krankenkassenarten aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

16. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) In welchem Stadium der Verwirklichung befindet sich das Vorhaben der Bundesregierung gemäß ihres Beschlusses vom 30. August 1977, in den Jahren 1978 bis 1981 drei weitere Bundesgrenzschutzabteilungen in den Räumen Bonn, Frankfurt und Karlsruhe aufzustellen?

17. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Auf welche Weise stimmt sich die Bundesregierung mit der französischen Staatsregierung in der grenzüberschreitenden Kernkraftplanung im Fall Cattenon ab?
18. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Welche Ergebnisse hat die bisherige Abstimmung erbracht, und über welche muß noch verhandelt werden?
19. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann werden im Verantwortungsbereich des Bundes Daten von Bürgern, aus dem Sicherheitsbereich und dem Straftatsbereich, gelöscht?
20. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß diese Daten bisher nur auf langsamere Computerbänder überspielt werden?
21. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Welchen Rechtscharakter hat die sogenannte Grenzdokumentation, die mit der „DDR“ erstellt worden ist?
22. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz im Interesse der betroffenen Bürger vorgetragene dringende Empfehlung aufzugreifen, den Gesetzentwurf eines Bundesmeldegesetzes weiter zu verfolgen und dabei die Vorschläge aus seiner gutachtlichen Stellungnahme zu diesem Entwurf der Bundesregierung zu berücksichtigen?
23. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für vertretbar bzw. für sozial gerecht, wenn Angehörige des öffentlichen Dienstes mit 35 und mehr Dienstjahren womöglich schon mit 63 Jahren mit 75 v. H. ihres letzten ruhegehaltfähigen Einkommens in den Ruhestand treten und ihre Nachfolger, die die gleiche Arbeit leisten müssen, nach Steuerabzug und Sozialabgaben nur mit 70 v. H. oder noch weniger zufrieden sein müssen?
24. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung schon Überlegungen und in welcher Richtung angestellt, um diese offensichtliche soziale Ungerechtigkeit zu beheben?
25. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Treffen Presseberichte zu bzw. hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß Aufgaben, die nach den gesetzlichen Vorschriften dem Bundesamt bzw. den Landesämtern für Verfassungsschutz obliegen, in der Bundesrepublik Deutschland zum Teil durch private Firmen wahrgenommen werden?
26. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Hält die Bundesregierung es z. B. für zulässig, daß sogenannte politische Personenüberprüfungen oder ähnliche Aufträge im Zusammenhang mit der Feststellung der Verfassungstreue von Personen durch private Detekteien vorgenommen werden, und sieht sie eine Notwendigkeit bzw. Möglichkeit, hier gegebenenfalls gesetzgeberisch initiativ zu werden?
27. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) In welchen Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland sind Kompaktlager für abgebrannte Brennelemente installiert, und ist dabei ein Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit notwendig und erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

28. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche Bezugszahlen liegen der Aussage der Bundesregierung zugrunde, wonach eine Erhöhung des Lohnsteuerfreibetrags für unentgeltliche oder verbilligte Mahlzeiten im Betrieb für Arbeitnehmer von derzeit 1,50 DM auf die Sätze der Sachbezugsverordnung vom 28. Dezember 1977 nur einer verhältnismäßig kleinen Gruppe zugute käme, und womit erklärt die Bundesregierung dann die von ihr errechneten Steuerausfälle von bis zu 400 Millionen DM jährlich bei Durchführung dieser Maßnahme?
29. Abgeordneter
Wurbs
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die unbefriedigende lohnsteuerrechtliche Regelung zu ändern, nach der in den Fällen, in denen Unternehmen mehreren Arbeitnehmern unentgeltlich Fahrzeuge für die Fahrt zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zur Verfügung stellen (Fahrgemeinschaften), bei der Gestellung von Kleinbussen ein geldwerter Vorteil nicht zu versteuern ist, während bei der Gestellung von Pkw — die oft geboten ist, weil Kleinbusse u. U. unrentabel sind — bei den Arbeitnehmern ein geldwerter Vorteil angesetzt und der Lohnsteuer unterworfen wird?
30. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welches ist das Ziel der von der Regierung ins Auge gefaßten „Strukturverbesserung“ bei den landwirtschaftlichen Brennereien?
31. Abgeordneter
Wüster
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, die Kursmanipulationen (siehe Spiegel Nr. 45) an der Börse verhindern?
32. Abgeordneter
Wüster
(SPD)
- Wie kann der Vertrauensschutz der Sparer und Erwerber von Aktien durch die Börsenaufsicht sichergestellt werden?
33. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten EG-Währungsverbund zu der in einer „Spiegel“-Veröffentlichung vom 6. November 1978 Bundesbankpräsident Emminger zugeschriebenen Äußerung ein, es sei wünschenswert, „daß möglichst alle EG-Länder dem neuen Verbund beitreten möchten . . .“, er habe Zweifel, ob dies sofort möglich sein wird“?
34. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber der in der selben „Spiegel“-Veröffentlichung zitierten Passage aus dem Brief des Bundesbankpräsidenten ein, wonach das EG-Währungssystem „nicht durch eine Harmonisierung der Inflationsraten auf einer mittleren Linie“ erreicht werden darf, sondern durch eine überall „gleichmäßig strikte währungs- und wirtschaftspolitische Disziplin untermauert“ werden muß?
35. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Bis wann, auf welche Weise und unter welchen Voraussetzungen sieht sich die Bundesregierung in der Lage, den von Bundesfinanzminister Matthöfer wiederholt angekündigten Wegfall der Grunderwerbsteuer zu verwirklichen?

36. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Gibt es einen kritischen Brief des Bundesbankpräsidenten an den Bundeskanzler vom September 1978 in der Frage der EG-Währungsunion, und ist die Bundesregierung bereit, die Argumente der Deutschen Bundesbank im Finanzausschuß des Deutschen Bundestags zur Diskussion zu stellen?
37. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU) Trifft zu, daß — wie im „Spiegel“ vom 6. November 1978 gemeldet — der Bundeskanzler die Pläne zur europäischen Währungsunion „ohne seinen zuständigen Ressortchef betreibt“?
38. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welches Bundesministerium, einschließlich des Kanzleramts, hat, auf einzelne Parlamentarische Staatssekretäre gerechnet, die höchsten Autotelefonkosten 1977 für den Parlamentarischen Staatssekretär, begründet sich darin die Bedeutung des Bundesministeriums bzw. desjenigen Parlamentarischen Staatssekretärs, und wie ist die Höhe der Autotelefonkosten im Verhältnis zu anderen Bundesministerien zu rechtfertigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

39. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung auf Grund der Unruhen im Iran das Risiko eines Stopps der Erdölausfuhr und evtl. auch der Erdgasexporte, und müßte in einem solchen Fall in der Bundesrepublik Deutschland mit Versorgungsengpässen gerechnet werden?
40. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) Gibt es ein alternatives Versorgungskonzept für den Fall, daß es zu Störungen bei der Lieferung von iranischem Öl und Erdgas kommt?
41. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Trifft es zu, daß bei der Erhöhung der Förderpräferenz einer Gemeinde im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Programm zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bereits nach der alten Förderquote bewilligte Zuschüsse für Investitionen von Firmen, die in der Zeit nach der Erhöhung der Förderpräferenz getätigt werden sollen, nicht nachträglich nach der erhöhten Förderquote bezuschußt werden, und wenn ja, wird die Bundesregierung hier auf eine Änderung hinwirken?
42. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Trifft es zu, daß sich die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers durchgeführte Parameterstudie zur Ermittlung der Kosten der Stromerzeugung aus Steinkohle und Kernenergie nur auf einen betriebswirtschaftlichen Kostenansatz beschränkt und daher mit dieser Studie energiepolitisch kein abschließendes Urteil über die unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten von Kohle- und Kernenergiestrom möglich ist?
43. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung nach der Einsparung von Arbeitsplätzen bei der DIAG eine Schließung des Werks von Loewe Opta mit dem Verlust von 500 Arbeitsplätzen, und sieht sich die Bundesregierung in der Lage, durch positive Taten die schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft Berlins zu verhindern?

44. Abgeordnete
**Frau
Fischer**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die multinationalen Konzerne eine maßlose Macht ausüben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

45. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutschen Fischereischutzboote mit ihrem schwarzen Rumpf und den grauen Aufbauten schon mehrfach als Hilfeleistungsfahrzeuge nicht rechtzeitig erkannt wurden bzw. sogar mit Kriegsfahrzeugen verwechselt worden sind, und teilt deshalb die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Anstrich der deutschen Fischereischutzboote auf eine Tagesleuchtfarbe am Rumpf und weiße Aufbauten umgestellt werden sollte?
46. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß aus dem Ausland Eier in Kleinpackungen eingeführt werden, die bereits mit einer deutschen Packstellnummer, einer deutschen Firmenbezeichnung und z. T. mit dem CMA-Zeichen versehen sind und dadurch für den Verbraucher als deutsche Eier gelten, und wenn ja, was kann im Verantwortungsbereich der Bundesregierung dagegen unternommen werden?
47. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Tatsachen bekannt, inwieweit in Belgien und Frankreich die dortige Malzwirtschaft aus Landesmitteln bzw. Mitteln der EG dahin gehend gefördert wurde, daß neue Betriebe als Konkurrenz zur deutschen Malzwirtschaft aufgebaut wurden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

48. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es sich um eine angemessene Reaktion des Wehrbereichskommandos Düsseldorf handelt, wenn diese auf Grund einer in der Schülerzeitschrift „Radix“ veröffentlichten – zugegeben geschmacklosen – Satire bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld Anzeige erstattet und im Verlauf der Ermittlungen der Abteilung Staatsschutz der Bielefelder Polizei bisher fünf Mitarbeiter der Schülerzeitung einzeln zur Vernehmung vorgeladen wurden?
49. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel ähnlich gelagerten Fällen in der Vergangenheit Strafanzeige erstattet worden ist?
50. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Sieht es auch die Bundesregierung nach den ernstzunehmenden Aussagen führender Militärs der SED-Kampfgruppen als notwendig an, die operativen Fähigkeiten der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ neu zu beurteilen und ihre auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Drucksache 8/2060 vom 23. August 1978) gegebenen Antworten zu revidieren, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung diese neue Beurteilung nicht schon von sich aus vorgenommen und Opposition und Öffentlichkeit unterrichtet?

51. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, diese Unterrichtung von Opposition und Öffentlichkeit nachzuholen und die Verstärkung des Angriffspotentials der „DDR“ und damit des Warschauer Pakts in die Datendiskussion der MBFR-Verhandlungen in Wien einzuführen?
52. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der operativen Verwendbarkeit der DDR-Kampfgruppen darauf hinzuwirken, daß der Präsenzbegriff, der den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien zugrundeliegt, so erweitert wird, daß die DDR-Kampfgruppen in die MBFR-Verhandlungen mit einbezogen werden können?
53. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Treffen Berichte zu, daß der Mangel an geeigneten Reserveoffizieren und -unteroffizieren so groß ist, daß beim Territorialheer nur noch proforma Übungen abgehalten werden können, weil die Reservisten angesichts neuer und komplizierter Waffensysteme überfordert sind bzw. an diesen nicht üben dürfen, und beabsichtigt die Bundesregierung, neue Modelle der Reserveübung zu konzipieren und zu erproben?
54. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Rahmen unserer Verteidigung zwar hochwertige Fernwaffensysteme vorhanden sind, diese jedoch aus Mangel an ausgebildeten Fachkräften personell nicht ausreichend bedient werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

55. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung zu prüfen bereit, ob die in den USA an Autobahnausfahrten im Gegensinn angebrachten Warn- und Hinweisschilder, mit denen in falscher Richtung einführende Kraftfahrzeuge zur Umkehr aufgefordert werden, ein geeignetes Vorbild für die Bundesautobahnen darstellen können, um die zunehmende Zahl von „Geisterfahrern“ zu reduzieren?
56. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Ist die Bundesregierung gewillt, die strafrechtlich relevante Promillegrenze für Autofahrer auf eine einzige — nämlich 0,6 Promille — herabzusetzen, und wie beurteilt sie die Gefährdung, die dadurch entstehen kann, daß Verkehrsteilnehmer glauben, mit sogenannten Promilletestgeräten, die in Gaststätten vorrätig gehalten werden, Selbstkontrolle üben zu können?
57. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Truppentransporte von NATO-Verbündeten auf bundesdeutschen Straßen den gleichen Regelungen zu unterwerfen, wie sie auch für die Bundeswehr gelten?
58. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Nach welchen Kriterien werden an Autobahnen Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt, und ist die Bundesregierung bereit, künftig verstärkt Lärmschutzmaßnahmen an vielbefahrenen Autobahnen und Bundesstraßen wie beispielsweise an der A 2 (E 73) im Ortsteil Rheda der Stadt Rheda-Wiedenbrück durchzuführen?

59. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung verstärkt ihren Einfluß dahin gehend in der Kultusministerkonferenz geltend machen — um die in der Ferienreisezeit sprunghaft steigenden Unfallzahlen mit immer mehr Verletzten und Toten zu verhindern —, daß durch ein weiteres Entzerren der Ferientermine von Anfang Juni bis Ende September und eine bessere Berücksichtigung der Ferienzeiten in den europäischen Nachbarländern dieser Entwicklung abgeholfen wird, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?
60. Abgeordnete
Frau
Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in der Hauptferienreisezeit ein Lkw-Fahrverbot und ein Fahrverbot für Fahrzeuge der Bundeswehr schon ab Freitag, 15 Uhr, bis Sonntag, 24 Uhr, auf Autobahnen und auf einzelnen besonders stark frequentierten Bundesstraßen erlassen, und wenn nein, welche Gründe rechtfertigen dieses?
61. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung nach der Veränderung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Flugplatzes Köln-Butzweilerhof die Verkehrssicherheit auf der unmittelbar dort angrenzenden Bundesautobahn Köln-Neuß?
62. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Wie kann gerechtfertigt werden, daß auf das Betreiben der Stadt Köln — mit deren finanzieller Unterstützung in Höhe von etwa 350 000 DM — der bisher auf diesem Flugplatz gewährleistete Sicherheitsstandard für militärische und zivile Flugzeuge substantiell verringert wird und daß die weitere militärische Nutzung des Flugfelds bei gleichzeitigem Ausschluß der deutschen Sportflieger zugelassen wird?
63. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Treffen die in der Presse wiedergegebenen Äußerungen des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, Gscheidle, zu, wonach die Fernmeldegebühren bis 1985 über das bereits jetzt verordnungsmäßig festgelegte Maß hinaus gesenkt werden sollen?
64. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, sowohl für den einfachen Postdienst, den mittleren Fernmeldedienst als auch in anderen Bereichen des mittleren nicht-technischen Dienstes im Geltungsbereich des Bupostministers eine Neuordnung der Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz vorzunehmen?
65. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wenn ja, wann ist mit einer solchen Neuordnung zu rechnen, und um wie viele Auszubildende handelt es sich hierbei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

66. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher auf Grund der Entschließung des Bundesrats vom 23. Juni 1978 (Bundesrats-Drucksache 279/78) veranlaßt, durch die sie aufgefordert worden ist, angesichts des Kumulationsverbots zwischen Zuschüssen nach dem Wohnungsmodernisierungsgesetz und der Investitionszulage oder der Förderung mit sonstigen Mit-

- teln baldmöglichst Vorschläge zu unterbreiten, auf welche Weise die bisher bestehenden Präferenzvorsprünge des Zonenrandgebiets und Berlins mit dem Ziel erhalten bleiben, daß Umfang und Effektivität der Wohnungsmodernisierung nicht eingeschränkt werden, und welche sonstigen Mittel im Sinne der Entschließung des Bundesrats werden von dem Kumulationsverbot betroffen?
67. Abgeordneter
Wuwer
(SPD) Hat die Bundesregierung Möglichkeiten, auf eine kinderfreundlichere Gestaltung der Hausordnungen von Wohnungsbaugesellschaften hinzuwirken, und wenn ja, was gedenkt sie in Wahrnehmung dieser Möglichkeiten in dieser Richtung zu tun?
68. Abgeordneter
Henke
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der soziale Wohnungsbau in den letzten Jahren jede soziale Bedeutung verloren hat, und daß eine Verringerung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau ohne Folgen für die Wohnraumversorgung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland möglich ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
69. Abgeordneter
Krockert
(SPD) Welche Schlüsse zieht der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für die Einrichtung sogenannter verkehrsberuhigter Zonen und für den verdichteten Bau von Einfamilienhäusern aus den Erfahrungen, die er bei seiner Studienreise in die Niederlande gewonnen hat?
70. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erfahrungen vor, inwieweit spekulative Erscheinungen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zum Zweck ihrer Veräußerung dadurch gefördert werden, daß in diesen Fällen bisher § 6 EStG keine Anwendung findet und zur Umgehung dieser Vorschrift Objekte insgesamt an „Aufkäufer“ veräußert werden?
71. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß das geltende Erschließungsbeitragsrecht im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen der Verwaltungsgerichte an die Beitragsatzungen der Gemeinden nahezu unpraktikabel geworden ist, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, das geltende Erschließungsbeitragsrecht praktikabler zu gestalten?
72. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel öffentlich geförderte Eigenheime zur Zwangsversteigerung gekommen sind, weil für die Eigentümer die Belastungen zu hoch waren, getrennt nach erstem und zweitem Förderungsweg?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

73. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit dem Bundesverfassungsgericht eine Dokumentation des Verfahrens und der Materialien zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 zu den Grenzen des Notbewilligungsrechts bei der Zulassung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu veröffentlichen und damit auch in diesem

Fall dem im Vorwort zur Dokumentation über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern) wiedergegebenen Grundsatz Rechnung zu tragen, zu bedeutsamen Urteilen des höchsten deutschen Gerichts derartige Publikationen vorzulegen?

74. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wird in den Veröffentlichungen für das Ausland, die die Bundesregierung über Fakten der Bundesrepublik Deutschland erstellen läßt, auch über die Opposition in einem Umfang berichtet, der dem Anteil der Bürger entspricht, die sie unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

75. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die deutschen touristischen Unternehmen davon in Kenntnis zu setzen, daß entsprechend einer deutsch-polnischen Absprache niemand veranlaßt oder gezwungen werden kann, seinen Geburtsort entsprechend einem Geburtsdatum bis zum 8. Mai 1945 in polnischer Bezeichnung anzugeben, und daß es sich, falls anderes verlangt wird, um eine „Urkundenfälschung“ handelt?
76. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wieviel polnische Wochen haben 1978 unter Vermittlung und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden und sind noch vorbereitet, und wie verhält es sich umgekehrt mit deutschen Wochen in der Volksrepublik Polen?
77. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der organisatorischen Zusammenfassung der amerikanischen Armeenachschubdepots Kaiserslautern und Germersheim rund 1000 Arbeitsplätze — ausschließlich von deutschen Arbeitnehmern besetzt — eingespart werden sollen, und daß in mehreren Fällen deutschen US-Beschäftigten aus Rationierungsgründen bereits gekündigt wurde, und daß wenig später auf den eingesparten Stellen dann neue amerikanische Arbeitskräfte eingesetzt wurden, und wenn ja, wie vereinbart sich die Erklärung der Frau Staatsministerin Dr. Hambrücher in der Fragestunde vom 27. September 1978, daß die Arbeitsplätze der bei den US-Streitkräften beschäftigten deutschen Staatsangehörigen gesichert sind, damit?
78. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der Übernahme deutscher Beschäftigter bei Stationierungstreitkräften in den deutschen öffentlichen Dienst einen gangbaren Weg, um deren Arbeitsplätze zu sichern, oder was gedenkt die Bundesregierung ansonsten zu tun, um eine Einhaltung der bisherigen Zusagen der amerikanischen Streitkräfte sicherzustellen?
79. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zur Bekämpfung von Regimen, die durch Gewalt aufrecht erhalten werden, manchmal die Anwendung von Gewalt erforderlich sei?

80. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß es Staaten gibt, denen gegenüber eine Politik im Sinne der Äußerung gerechtfertigt ist, wonach zur Bekämpfung von Regimen, die durch Gewalt aufrechterhalten werden, manchmal die Anwendung von Gewalt erforderlich ist, und wenn ja, um welche Staaten handelt es sich?
81. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Politik, die mit Gewalt aufrechterhaltene Regime notfalls auch mit Gewalt bekämpfen will, mit den Erklärungen in Prinzip II der Schlußakte von Helsinki schlechtweg unvereinbar ist?
82. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, den bisher von allen Staatsorganen vertretenen Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland abzuändern, wonach der Gewaltverzichts- und Gewaltverbotsgrundsatz der Charta der Vereinten Nationen (VN) nur eine Ausnahme kennt, nämlich das Recht jedes Staats auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung (Artikel 52 der VN-Charta)?
83. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung derjenigen Staaten und politischen Bewegungen, die das Recht auf Widerstand gegen ungerechte Staatsgewalt dahin gehend auslegen, daß es den Kampf der sogenannten Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einschließlich der Anwendung von bewaffneter Gewalt gegen ungerechte Staatsgewalt legitimiert (UdSSR u. a.), bzw. daß es nicht nur den Kampf der sogenannten Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, sondern auch den Kampf potentieller Befreiungsbewegungen im sowjetischen Machtbereich, einschließlich der Anwendung von Gewalt gegen ungerechte Staatsgewalt, legitimiert (Volksrepublik China u. a.)?
84. Abgeordneter
Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es mit Artikel 2 Ziff. 3 und 4 der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar ist, die gewaltsame Bekämpfung auch solcher Regierungen in Betracht zu ziehen, die sich selbst mit gewaltsamen Mitteln an der Macht halten, und was wird die Bundesregierung bejahendenfalls unternehmen, um dies der deutschen Öffentlichkeit angesichts in jüngster Zeit geäußerter Auffassungen zu verdeutlichen, wonach manchmal die Anwendung von Gewalt zur Bekämpfung von Regimen erforderlich sei, die durch Gewalt aufrechterhalten werden?
85. Abgeordneter
Bühler
(Bruchsal)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Staatsminister Wischnewski bei der Tagung der Sozialistischen Internationale in Vancouver zu verstärkter Unterstützung von sogenannten afrikanischen Befreiungsorganisationen, darunter der offene Gewalt befürwortenden SWAPO, aufgefordert hat, und teilt die Bundesregierung diese Auffassung?
86. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Staatsministers beim Bundeskanzler, Wischnewski, daß der Kampf gegen die Republik Südafrika zu verstärken sei, und unterstützt sie die Forderung des Staatsministers nach erheblicher Steigerung der Leistungen an kriegswillige Staaten im südlichen Afrika sowie an die kommunistischen Organisationen SWAPO, Patriotische Front und den African National Congress?

87. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU) Deuten diese Äußerungen eines Mitglieds der Bundesregierung auf eine Parteinahme der Bundesregierung für die von den genannten Organisationen und kommunistischen Frontstaaten angestrebte Gewaltlösung hin, und wie ist diese Entwicklung gegebenenfalls mit dem bisher nie in Frage gestellten Prinzip des Gewaltverzichts in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu vereinbaren?
88. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Gewaltanwendung gegen Regime, die mit Gewalt aufrechterhalten werden, manchmal erforderlich ist, und wenn ja, ist eine Politik des Friedens, zu der sich der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 vor dem Deutschen Bundestag bekannt hat, mit dieser Auffassung in Einklang zu bringen?
89. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU) Wird die durch ihren Vorsitzenden zum Ausdruck gebrachte Politik der Sozialistischen Internationale, die weltweit erheblichen Einfluß besitzt, wonach gegen gewaltsam aufrechterhaltene Regime manchmal auch Gewalt erforderlich sei, die Politik der Bundesregierung beeinflussen, und wenn ja, in welcher Hinsicht?
90. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den von der UdSSR in den Vereinten Nationen eingebrachten Entwurf einer weltweiten Gewaltverzichtskonvention, insbesondere deren Ausnahmen zugunsten angeblich gerechtfertigter Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele?
91. Abgeordneter **Amrehn** (CDU/CSU) In welchen Fällen des Widerstands gegen die ungerechte Ausübung staatlicher Gewalt darf nach Auffassung der Bundesregierung dieser Widerstand die Form der Androhung oder Anwendung bewaffneter Gewalt annehmen?
92. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Kongreß der Sozialistischen Internationalen direkt oder indirekt mit Steuergeldern finanziert worden ist?
93. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU) Welche Reaktion hat Staatsminister Wischnewski mit seinem Aufruf zu verstärkter Unterstützung der afrikanischen sogenannten Befreiungsorganisationen auf der Tagung der Sozialistischen Internationalen in Vancouver bei den Vertretern dieser Organisationen hervorgerufen, trifft es insbesondere zu, daß die Vertreter dieser Organisationen einen Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen Rhodesien und Südafrika mit Lob für die Rede des Staatsministers verbunden haben?
94. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU) Wurden die Stellungnahmen von Staatsminister Wischnewski auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Vancouver mit dem Bundeskanzler oder dem Bundesaußenminister abgestimmt, und trifft es zu, daß diese Äußerungen in keinem Punkt der deutschen Politik widersprechen?
95. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die sowjetische völkerrechtliche Auffassung, daß Gewaltanwendung durch sogenannte nationale Befreiungsbewegungen legitim sei?

96. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von sogenannten Befreiungsbewegungen angewandte Gewalt nicht im Widerspruch zu dem Ziel friedlicher Reform steht?
97. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung mit dem Grundsatz des Gewaltverzichts vereinbar, sogenannte Befreiungsbewegungen, die Gewalt — auch Terror gegen Frauen und Kinder — anwenden, zu unterstützen?
98. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU) Tritt die Bundesregierung für eine undifferenzierte, stärkere Unterstützung aller „Frontstaaten“ ein, obwohl ein Teil dieser Staaten sich gegen eine friedliche Verhandlungslösung in Rhodesien und für kriegerische Maßnahmen ausgesprochen hat?
99. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der wiederholten ungerechtfertigten Verurteilung im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) wegen angeblich militärischer nuklearer Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika sowohl innerhalb der VN als auch hinsichtlich der bilateralen Beziehungen zu den betreffenden Staaten?
100. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, die Industrieländer müßten sich von Rohstofflieferungen aus Südafrika unabhängig machen, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dieser Auffassung für ihre Handelsbeziehungen mit kommunistischen Ländern?
101. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU) Inwieweit hat die Bundesregierung sichergestellt, daß die humanitäre Hilfeleistung auch in angemessenem Umfang direkt der notleidenden christlichen Bevölkerung im Libanon zugutekommt?
102. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe wurden seit dem 18. Oktober 1978 zusätzlich Haushaltsmittel der humanitären Hilfe zur Linderung der wachsenden Not der Zivilbevölkerung, insbesondere auch der verfolgten und geflohenen Christen, zur Verfügung gestellt?
103. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU) An wen und mit welchem Ergebnis wurden die Mittel gewährt?
104. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die deutsche Botschaft angewiesen, Kontakte zu allen Bevölkerungsgruppen im Libanon zu halten?
105. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU) In welcher Weise versucht die Bundesregierung sicherzustellen, daß die christliche Bevölkerung im Libanon ihr politisches, kulturelles und religiöses Selbstbestimmungsrecht verwirklichen kann?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU) Wie lautet der Auftrag, den der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem französischen Staatspräsidenten erteilt hat, um die Frage einer Entschädigung für die Einbeziehung Elsaß-Lothringens in die deutsche Wehrpflicht im letzten Weltkrieg zu prüfen, und welchen Anlaß hat die französische Seite zu der Annahme, diese Prüfung werde ein für sie günstiges Ergebnis haben?
2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU) Welche Folgen zieht der Bundeskanzler aus seiner Absprache mit dem französischen Staatspräsidenten für die Festlegung der Bundesregierung in der von ihm abgegebenen Regierungserklärung dahin, die Kriegsfolgengesetzgebung trotz bestehender Ungerechtigkeiten als abgeschlossen zu behandeln?
3. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Einstellung der englischen Ausgabe der „Deutschlandberichte“ verfügt, die 1965 als Informationsdienst für die englischsprachigen Juden in aller Welt begründet worden ist, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung dazu veranlaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD) Was kann die Bundesregierung tun, um darauf hinzuwirken, daß die Anträge der am völkerkundlichen Forschungsschwerpunkt Westirianprojekt beteiligten Wissenschaftler, die bereits am 3. Dezember 1976 der indonesischen Regierung zugeleitet wurden, dort entschieden werden?
5. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß Staatsminister Wischnewski auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale im kanadischen Vancouver in Abstimmung mit dem Bundeskanzler eine drastische Verschärfung der Bonner Politik gegenüber Südafrika gefordert und eine Unterstützung der nachweislich militanten und nach der alleinigen Macht strebenden Befreiungsbewegungen SWAPO (Südwestafrika), Patriotischen Front (Rhodesien) und African National Congress (Südafrika) angekündigt hat, und muß die in der Presse wiedergegebene Aussage Wischnewskis, „ich gehe mit den Parteipapieren nicht erst zum Auswärtigen Amt“, nicht als ein offensichtliches Übergehen des für die deutsche Außenpolitik zuständigen Bundesministers angesehen werden?
6. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU) Beinhaltet die Aussage von Staatsminister Wischnewski in Vancouver, daß jeder Staat und jeder Betrieb, der heute noch Waffen nach Südafrika liefert, der öffentlichen und internationalen

- Ächtung unterworfen werden müsse, die Bereitschaft der Bundesregierung, diese für die Rohstoff- und Energieversorgung des Westens lebenswichtige Region dem kommunistischen Einfluß auszuliefern, und warum werden Forderungen nach einem Machtwechsel und dem Abbau von Diskriminierung und Unterdrückung nicht auch in gleicher Deutlichkeit gegenüber den kommunistisch beherrschten Staaten in Afrika, Asien und Osteuropa erhoben?
7. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Wird die Sondierungsreise des ehemaligen Zweiten Bürgermeisters von Bremen, Dieter Biallas, nach Afrika (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1978) ganz oder teilweise, direkt oder indirekt aus Mitteln des Bundeshaushalts finanziert?
8. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in den deutsch-sowjetischen Verkehrsgesprächen darauf hinzuwirken, daß der Land-, Seeverkehr über die transsibirische Linie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit organisiert wird, nachdem die deutschen Verkehrsträger – Verband deutscher Reeder, Bundesverband der Deutschen Binnenschiffahrt e. V., Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) – in einer Studie nachgewiesen haben, daß die Transsibirische Containerlinie (TSCL) durch ein kombiniertes Land- und Seeverkehrssystem zwischen Europa und dem fernem Osten zu einer lebensgefährlichen Bedrohung der deutschen Verkehrsträger wird?
9. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß der Verdrängungswettbewerb nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß mit einem ausgeklügelten System von Dumpingtarifen vorgegangen wird, der im wesentlichen einer systematischen Erweiterung des Marktanteils dient und hiervon nicht nur der deutsche Verkehrssektor, sondern der der Europäischen Gemeinschaft mitbetroffen wird, bereit, mit der Europäischen Gemeinschaft Vereinbarungen zu treffen, die dem Verdrängungswettbewerb Einhalt gebieten?
10. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß, wenn in den Verkehrsverhandlungen mit der Sowjetunion keine sowjetische Selbstbeschränkung zu erreichen ist, dann eine konzertierte Aktion der betroffenen EG-Staaten mit dem Ziel durchgeführt werden sollte, Maßnahmen zur Beschränkung des sowjetischen Verkehrsanteils in den Häfen, im Bahnsystem und in der Binnenschiffahrt der EG zu treffen?
11. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Einschränkung der Menschenrechtskonvention (Schutz des Eigentums) für politisch vertretbar, nachdem Portugal den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention mit dem Hinweis vollzogen hat, daß Artikel 1 des Protokolls der Menschenrechtskonvention nicht entgegensteht der Artikel 82 der portugiesischen Verfassung, der die Enteignung von Grundbesitzern, Unternehmern und Aktionären ohne irgendwelche Entschädigung vorsieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordnete
**Frau
Dr. Neumeister**
(CDU/CSU) Wieweit sind die Umweltverhandlungen der Bundesregierung mit der DDR zum Problem der hohen Salzkonzentration der Weser durch Kaliabwässer aus Bergwerken der DDR gediehen, und welche Schritte gedenkt sie in der Zwischenzeit zu unternehmen, um der zunehmenden Gefährdung der Grundwassergewinnung in flußnahen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland zu begegnen?
13. Abgeordneter
Merker
(FDP) Wie hat sich der Personalbestand des Bundesamts für Verfassungsschutz in den letzten zehn Jahren entwickelt?
14. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß es angesichts des Fortschritts der österreichischen und der DDR-Bemühungen in der Frage der Rechtsschreibreform dringend erforderlich ist, daß auch die Bundesrepublik Deutschland die Arbeiten an einer Schriftreform koordiniert und staatlich fördert, und welche Institution sollte diese Aufgabe übernehmen?
15. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Welche Pläne hat die Bundesregierung, um die grenznachbarliche polizeiliche Zusammenarbeit, insbesondere bei der Verbrechensbekämpfung im belgisch-niederländisch-deutschen Grenzgebiet, zu erweitern und wirksamer zu gestalten?
16. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) In welcher Weise und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung seit 1970 dem Artikel 36 Abs. 1 des Grundgesetzes entsprochen, der bei den obersten Bundesbehörden die Berücksichtigung von Beamten aus allen Bundesländern in angemessenem Verhältnis vorschreibt?
17. Abgeordneter
**Dr. Jentsch
(Wiesbaden)**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Polizeiführungsakademie Hilstrup in eine Hochschule für Polizeiwissenschaften (unter eventuellem Anschluß an die Universität Münster) umzubilden, und was hat sie gegebenenfalls getan beziehungsweise wird sie gegebenenfalls tun, um diese Forderung zu verwirklichen?
18. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Erfahrungen sind bei der Anwendung der US-Kernkrafttechnologie in der Bundesrepublik Deutschland gemacht worden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die erfolgte „Addition statt Integration“ (VDI-Nachrichten Nr. 41, Seite 5) sicherheitstechnisch wie kostenmäßig nicht optimal ist?
19. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, der nach Anhörung von Fachleuten davon ausgeht, daß nach Anordnung einer dritten Reinigungsstufe das Abwasser der Stadt Rendsburg schadlos in den Nord-Ostsee-Kanal eingeleitet werden kann, und wenn nein, ist sie bereit, vor einer Entscheidung mit den von einer Abwassereinleitung der Stadt Rendsburg in die Eider Betroffenen ein Gespräch zu führen?

20. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Ist nicht schon allein aus hygienischen Gründen eine Abwassereinleitung in den Kanal einer solchen in die Eider vorzuziehen, wenn von seiten des Landes Schleswig-Holstein geplant ist, die Eider, die heute der Fischerei und dem Wassersport dient, zu einem Badegewässer zu machen?
21. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die Verordnung über Sonderurlaub dahin gehend auszurichten, daß internationale berufspraktische Begegnungen (Seminare, Informations- und Kontaktprogramme usw.) nicht mehr in die Sonderurlaubsbestimmungen eingegliedert werden, und welche Gründe haben die Bundesregierung gegebenenfalls zu dieser Maßnahme veranlaßt?
22. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) Welche Maßnahmen würden in diesem Fall von der Bundesregierung getroffen, damit die in der Vergangenheit in diesem europäischen Bereich sehr fruchtbare Arbeit der Völkerverständigung auf der Basis des gemeinsamen Berufs nicht gefährdet wird?
23. Abgeordneter **Hoffmann** (Saarbrücken) (SPD) Welche Mittel zur Förderung sogenannter Kinomobile stehen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung, und hält die Bundesregierung dieses Mittel für ausreichend, um eine Versorgung der Bevölkerung mit einem qualitativ anspruchsvollen Kinoprogramm in Gebieten zu ermöglichen, in denen eine Unterversorgung mit Filmtheatern gegeben ist?
24. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU) Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle der Bundesregierung für den Erwerb der amtlichen Dokumente, ähnlich Einrichtungen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, und warum ist in dieser Hinsicht bisher trotz mehrmaliger Ankündigungen noch nichts unternommen worden?
25. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das zentrale Fernüberwachungssystem für Kernkraftwerke, das seit dem 28. September 1978 in Bayern arbeitet, und welche zusätzlichen Sicherheiten sollen mit diesem System gewährleistet werden?
26. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für wünschenswert, daß dieses System in allen Bundesländern mit Kernkraftwerken eingeführt wird?
27. Abgeordneter **Schlaga** (SPD) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach Zulassung von Teilzeitbeschäftigung für Beamte und der Festlegung der flexiblen Altersgrenze für Beamtinnen auf 60 Jahre als Beitrag zur Bewältigung der Lehrerarbeitslosigkeit bei?
28. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des nordrhein-westfälischen Innenministers, Dr. Hirsch, der Bund sei gefordert, durch Nutzung seiner Kompetenz für den Erlaß eines Bundespolizeigesetzes auf ein einheitliches Polizeirecht in Bund und Ländern hinzuwirken?

29. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, es bei der Ablehnung – ohne Beratung – des von der CDU/CSU Fraktion eingebrachten Entwurfs eines Bundespolizeigesetzes durch die Koalition zu belassen, oder wird sie nun entsprechend dem Beschluß der Innenministerkonferenz von 1977 selbst einen Entwurf vorlegen?
30. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß an als Aufsteiger oder Außenseiter in das Beamtenverhältnis gelangte Personen, die zuvor langjährige Pflichtmitglieder einer RVO-Krankenkasse waren und die nach ihrem Aufstieg wegen der dann ungünstigeren Leistungs- und Kostenbedingungen einer privaten Krankenkasse als freiwillig Weiterversicherte in ihrer Kasse verbleiben, keine Beihilfen gezahlt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
31. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundesminister a. D. Dr. Maihofer in seinem Hause hierzu Untersuchungen hat anstellen lassen, und liegen hierüber Ergebnisse vor?
32. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU) Wie stellt sich, nach Kenntnis der Bundesregierung, die Situation in den Bundesländern dar?
33. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD) Auf Grund welcher strafrechtlichen Vorkommnisse, verfassungsfeindlicher Erkenntnisse oder politischer Vermutungen ist im Verfassungsschutzbericht 1977 das „Sozialistische Büro, Sitz Offenbach“, zu einer „links-extremistischen Gruppe“ erklärt worden und in seiner Tätigkeit mit solchen Gruppen gleichgesetzt worden, die „oft bis zum Ekel und Haß“ die bestehende „Staats- und Gesellschaftsordnung“ . . . zersetzen und zerstören wollen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

34. Abgeordneter **Zebisch** (SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, den § 69 des Strafgesetzbuches dahin gehend zu novellieren und zu ergänzen, daß die Entziehung der Fahrerlaubnis auch zur Bewährung ausgesetzt werden kann?
35. Abgeordneter **Zebisch** (SPD) Falls ja, bis wann ist mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu rechnen?
36. Abgeordneter **Gerlach (Ober nau)** (CDU/CSU) Hat der in Frankfurt bei dem Überfall auf das dpa-Büro verhaftete Wolfgang Beer die volle Strafe verbüßt, zu der er wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden war, oder ist er vorzeitig entlassen worden?
37. Abgeordneter **Gerlach (Ober nau)** (CDU/CSU) Hätte gegen Wolfgang Beer seinerzeit Sicherungsverwahrung verhängt werden können, wenn im Zeitpunkt seiner Verurteilung einer der im Rechtsausschuß vorgelegten Gesetzgebungsvorschläge der CDU/CSU zur Sicherungsverwahrung Gesetz gewesen wäre?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit — gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen —, Baumaßnahmen auf dem von den US-Streitkräften genutzten Flughafen Wiesbaden-Erbenheim vorzufinanzieren, die dringend erforderlich sind, um in der Vergangenheit häufig eingetretene Ölunfälle zukünftig zu vermeiden und die von der Nato erst 1982 oder Mitte der 80er Jahre finanziert werden können?
39. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, das umständliche, zeitraubende und kostenintensive Zollabfertigungsverfahren der körperlichen Warenkontrolle entsprechend dem Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelstags vom Frühsommer 1977 durch ein Verfahren der Dokumentenkontrolle zu ersetzen, das bei gleicher Sicherheit für die fiskalischen Interessen eine Erleichterung des Grenzübergangs auch für den Warenverkehr und damit einen noch besseren Güteraustausch zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft verspricht?
40. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Ermittlung der Einkünfte aus Haus- und Grundbesitz nach § 12 der Verordnung zur Durchführung des § 33 des Bundesversorgungsgesetzes die steuerlichen Vorschriften anzuwenden sind, nach denen Aufwendungen für Instandhaltung, die mit Fremdmitteln finanziert sind, in dem Jahr als Werbungskosten absetzbar sind, in dem die Reparaturen tatsächlich bezahlt werden und es somit auf den Zeitpunkt der Rückzahlung des zur Finanzierung der Instandsetzungsarbeiten aufgenommenen Darlehens nicht ankommt, und wenn ja, wird sie darauf hinwirken, daß die zitierten Vorschriften bundeseinheitlich in diesem Sinn angewandt werden?
41. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an ihrer in der Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Häfele (Stenographischer Bericht der 107. Sitzung, Seite 8488) gegebenen Auffassung fest, daß die Geldwertentwicklung der letzten Jahre keine Veranlassung zur Erhöhung der gesetzlichen Grenzbeträge nach § 40 b EStG gibt, wenn sie darauf hingewiesen wird, daß damit allen Arbeitnehmern, die eine Direktversicherung abgeschlossen haben, die Möglichkeit genommen wird, die Vorteile einer dynamischen Lebensversicherung auszunutzen?
42. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei Beurteilung der Frage 41 nicht von der Geldwertentwicklung, sondern von der Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung ausgegangen werden muß, da die Lebensversicherungen sich bei der Dynamisierung ihrer Verträge hieran orientieren?
43. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß durch die Betriebsrenten neben den Steuerausfällen bei der Körperschaftsteuer in Höhe von 6 bis 7 Milliarden DM weitere Steuerausfälle entstehen, weil die Rücklagen zur betrieblichen Altersversorgung gemäß § 40 b EStG bis zu einem Betrag von 2 400 DM jährlich vom Arbeitgeber nur mit 10 v. H. pauschal versteuert werden

- können, auf diese Weise entstandene Betriebsrenten nur mit dem sogenannten Ertragsteil besteuert werden und deshalb in der Regel steuerfrei ausgezahlt werden, anderen Betriebsrenten der Versorgungsfreibetrag in Höhe von 4 800 DM jährlich zugutekommt?
44. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) In welchem Verhältnis entstehen Steuerausfälle durch die betriebliche Altersversorgung im Vergleich zu den Aufwendungen der öffentlichen Gebietskörperschaften für die Empfänger von Versorgungsbezügen?
45. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher veranlaßt, um die steuerlichen Konsequenzen aus ihrer Feststellung zu ziehen, die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen kommunistischen Wirtschaftsunternehmen stellten den hauptamtlich für die DKP tätigen Funktionären gut dotierte Posten zur Verfügung, die diese tatsächlich gar nicht wahrnahmen (Informationen des Bundesinnenministers Nr. 41/77)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter
Hofmann
(Kronach)
(SPD) Mit welchen „einschlägigen Instrumenten der regionalen Strukturpolitik“ glaubt die Bundesregierung, die überdurchschnittlichen Strompreise im Zonenrandgebiet senken bzw. das Strompreisgefälle zwischen dem Zonenrandgebiet und den anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland verringern zu können?
47. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Wird die Bundesregierung die Unternehmensleitung von VFW-Fokker auffordern, das Sanierungskonzept vom Dezember 1977 an die inzwischen wesentlich geänderte Auftragssituation in der Luft- und Raumfahrtindustrie anzupassen?
48. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Welche Auswirkungen hätte eine mittelfristige Fortschreibung der diesjährigen durchschnittlichen Störanfälligkeit und Verfügbarkeit von Kernkraftwerken auf die in der Parameterstudie zur Ermittlung der Kosten der Stromerzeugung aus Steinkohle und Kernenergie aufgestellte betriebswirtschaftliche Kostenrechnung für den Kernenergiebereich?
49. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Sind die gegenwärtigen Unterschiede beim Strompreisniveau der einzelnen Bundesländer vorrangig auf den unterschiedlichen Anteil an Kohlestrom zurückzuführen, bzw. welche anderen Ursachen begründen die regionalen Preisdifferenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, in welchem Umfang biologische Wirtschaftsführung z. Z. in der deutschen Landwirtschaft praktiziert wird?

51. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, diese Wirtschaftsweise fühlbar ideell und finanziell zu fördern, z. B. durch Forschungsvorhaben, um ihre Verbreitung wissenschaftlich und materiell abzusichern?
52. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel landwirtschaftlich genutzte Fläche in der Bundesrepublik Deutschland jährlich brach liegen bleibt, und in welchem Umfang stattdessen auf der restlichen landwirtschaftlich genutzten Fläche die Erträge gesteigert werden?
53. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Ist in diesem Zusammenhang die Behauptung richtig, daß für eine 50prozentige Steigerung des pro Hektarertrags 350 v. H. mehr Kunstdünger und 135 v. H. mehr Pestizide verwandt werden, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Entwicklung für wünschenswert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

54. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das Rentenalter von derzeit 60 Jahren für längerfristige arbeitslose Mitbürger zu senken, und wenn ja, auf welches Alter?
55. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesarbeitsminister den sogenannten Halbierungserlaß vom 5. September 1942 beibehalten will, obwohl auf frühere Anfragen (Drucksache 8/1015, Fragen B 88 bis 91) meinerseits der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit für die Bundesregierung mitgeteilt hatte, daß „zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und dem Bundesarbeitsminister Einigkeit über die Aufhebung besteht“, und was sind gegebenenfalls die Gründe für diese ablehnende Haltung?
56. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sie mit der Beibehaltung des sogenannten Halbierungserlasses die Gleichstellung psychisch Kranker mit somatisch Kranken verhindert und damit einen von ihr selbst als „diskriminierend“ bezeichneten Status des betroffenen Personenkreises hinnimmt, der auch nach ihrer eigenen Erkenntnis therapie- und rehabilitationsfeindlich ist, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus?
57. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Schwerpunkte der Unfallforschung in Haushalt und Freizeit sieht die Bundesregierung angesichts der vierfach höheren Todesrate gegenüber Arbeitsunfällen?
58. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Forschungsaufträge im Forschungsprogramm für den Bereich Haushalt, Freizeit und Sport wurden von 1976 bis 1978 von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung in Dortmund vergeben bzw. durchgeführt?
59. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Mittel wurden für die in Frage 58 bezeichneten Forschungsaufträge aufgewandt bzw. ange-
setzt?

60. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsaufträge in diesem Bereich sind für die nächsten drei Jahre vorgesehen?
61. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung die Erkenntnisse, die eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung über Unfälle bei der Hausarbeit ergeben hat, zu verwerten und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen?
62. Abgeordneter
Schlaga
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung, die Streichung des ursprünglich geplanten Erhebungsmerkmals Schichtarbeit aus dem Programm der Arbeitsstättenzählung 1981 rückgängig zu machen, um dem erheblichen Informationsdefizit über wichtige Daten im Bereich der Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit abzuhelpfen, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
63. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß — wie aus einer Erklärung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz hervorgeht — die Bundesregierung eine Verzögerung des Neubaus des Kreiskrankenhauses in Kirchen/Sieg — Kreis Altenkirchen — dadurch verursacht, daß sie ihren diesbezüglichen Verpflichtungen aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht nachgekommen ist?
64. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, ihrerseits durch Bereitstellung der Mittel aus der Verpflichtung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz mitzuhelfen, daß in Kürze durch den Neubau des Krankenhauses in Kirchen/Sieg die für Patienten, Ärzte und Pflegepersonen völlig unhaltbaren Zustände in diesem Haus beseitigt werden, und wann ist damit gegebenenfalls zu rechnen?
65. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für einen Betrieb für zumutbar, daß nach der Auslegung des § 1 Abs. 3 des Kündigungsschutzgesetzes durch das Landesarbeitsgericht Frankfurt/Main vom 7. März 1978 ein Arbeitnehmer in Abweichung von der vorzunehmenden Sozialauswahl auch dann nicht entlassen werden darf, wenn er eine schlechte Arbeitsmoral, zum Beispiel durch häufiges unentschuldigtes Fehlen, oder sonst fehlerhaftes Verhalten gezeigt hat, und wenn nein, wird sie auf eine Änderung der Rechtslage hinwirken, weil bei der geschilderten Rechtsanwendung die Bereitschaft der Betriebe, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, nicht gefördert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Inwieweit treffen die Informationen zu, wonach die US-Streitkräfte bei der Bundeswehr beantragt haben, den Schießbetrieb auf dem Truppenübungsplatz Baumholder auch auf die Wochenenden auszuweiten, und wie ist die Haltung der Bundeswehr bzw. der Bundesregierung zu diesem eventuellen Antrag?

67. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Berücksichtigt die Bundesregierung bei ihrer gegebenenfalls nötigen Stellungnahme zu einem solchen Antrag neben den dann für die Truppenübungsplatzkommandantur zu erwartenden erheblichen personellen und finanziellen Folgen einer Ausweitung des Schießbetriebs auch die Auswirkungen auf die am Rand des Übungsplatzes wohnende Bevölkerung, die wenigstens an den Wochenenden einen Anspruch auf Ruhe, Erholung und Schutz vor Lärmbelästigung haben, sowie die nachteiligen Auswirkungen auf die Bemühungen zur Förderung des Fremden- und Ausflugsverkehrs?
68. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Denkt der Bundesverteidigungsminister im Zusammenhang mit Lösungsvorschlägen zum Abbau des Beförderungsstaus an die Einführung der Laufbahn „Kampfbeobachter BO 41“?
69. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie sieht die derzeitige personelle Besetzung der Spitzenstellungen der Bundeswehr (Generale/Admirale) aus (Soll/Ist), und wie viele Generale/Admirale verfügen über eine Generalstabsausbildung?
70. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hat der Bundesverteidigungsminister die Absicht, im Rahmen der von ihm eingesetzten „de Maiziere-Kommission“ auch Praktiker vor Ort zu hören?
71. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung unter Beachtung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Parlaments und des Verteidigungsausschusses den Vorgang, daß über die zukünftige – bis möglicherweise zum Ende des laufenden Jahrhunderts geltende – neue Struktur des deutschen Heeres zunächst die Öffentlichkeit und später erst die parlamentarischen Gremien informiert wurden?
72. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, auch zukünftig ähnlich zu verfahren?
73. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) In welchem Verhältnis steht der Verwaltungsaufwand zur Entschädigung unter Berücksichtigung der Besteuerung bei den „Schichtdiensten zu ungünstigen Zeiten“ in der Bundeswehr?
74. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, ob an die Stelle dieses Entgeltsystems nicht besser eine Pauschalvergütung treten sollte?
75. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Standortübungsplatz Schmittenhöhe bei Koblenz mit Rücksicht auf die umliegende Großstadt Koblenz, die Kurstadt Bad Ems und die Fremdenverkehrsstadt Lahnstein zukünftig als Zielobjekt für tieffliegende Militärflugzeuge ausgespart werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

76. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Feststellungen von Ernährungswissenschaftlern auf dem kürzlich in Bad Pyrmont stattgefundenen Ärztekongreß, zu dem die niedersächsische und nordrhein-westfälische Landesvereinigung der Milchwirtschaft

sowie die Akademie für ärztliche Fortbildung Niedersachsen gemeinsam eingeladen haben, daß die These, daß eine Pflanzenfett-diät prophylaktische und heilende Wirkungen bei Herz- und Kreislaufkrankheiten habe, nach dem neuesten Stand der ernährungswissenschaftlichen Forschung nicht mehr haltbar sei und daß deswegen die gesundheitsbezogene Nahrungsfettwerbung verboten werden sollte?

77. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in anderen Staaten mit der Beimengung von Fluor in Trinkwasser hervorragende Ergebnisse in der Kariesbekämpfung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen erzielt worden sind, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, ähnliches in der Bundesrepublik Deutschland zunächst in Versuchsform zu erproben, um es später eventuell generell einzuführen?
78. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung, die nach der Antwort des Staatssekretärs Dr. Wolters auf meine schriftliche Anfrage Nr. 85 (Drucksache 8/2249) keine Erkenntnisse darüber hat, welche in der Bundesrepublik Deutschland wegen gefährlicher Nebenwirkungen aus dem Verkehr gezogenen medizinischen Präparate in der DDR unter anderen Bezeichnungen vertrieben wurden und noch vertrieben werden, sich diese Erkenntnisse verschaffen und dem Deutschen Bundestag mitteilen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung erforderlichenfalls ergreifen, um DDR-Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland vor der Benutzung solcher gesundheitsschädlicher Medikamente rechtzeitig zu warnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

79. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wann und wo wird der Bundesverkehrsminister mit der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn die zum Thema Streckenstillegung in Hessen geplanten Regionalkonferenzen durchführen?
80. Abgeordneter
Büchner (Speyer)
(SPD) Ist die Bundesregierung nach wie vor bereit, ihre Zusage zur Beteiligung an der Neugestaltung des Nürburgrings einzuhalten und die finanzielle Beteiligung an den Investitionskosten nicht von dem künftigen Verzicht oder dem Ausscheiden als Hauptgesellschafter der Nürburgring-GmbH. abhängig zu machen?
81. Abgeordneter
Büchner (Speyer)
(SPD) Zu welchem Zeitpunkt ist nach Meinung der Bundesregierung mit dem Bau einer Formel I gerechten Rennstrecke auf dem Nürburgareal zu rechnen, und welche Hindernisse stehen nach Auffassung der Bundesregierung dem baldigen Baubeginn gegebenenfalls noch im Wege?
82. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Mit welchen konkreten Wünschen und Vorstellungen sind die Regierungen der norddeutschen Küstenländer, insbesondere die schleswig-holsteinische Landesregierung, bisher an die Bundesregierung herangetreten, um verkehrswirtschaftliche und ökologische Interessen der Region Holstein in die Wil-

- lensbildung der Bundesregierung zur sogenannten Küstenautobahn einzubringen, und wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?
83. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Trifft es insbesondere zu, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung eine vorgezogene Verwirklichung der Autobahn durch eine Höherstufung ihrer Priorität in der Bundesfernstraßenplanung von der Bundesregierung gefordert hat, und wenn ja, wie sind die Vorstellungen der Bundesregierung?
84. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes auch rollendes Material sowie rechnergesteuerte Funkleitsysteme zu bezuschussen?
85. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat sich die Stellenzahl der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im Vergleich zur allgemeinen Personalentwicklung bei den Bundesbehörden seit 1960 entwickelt, und wie wird gegebenenfalls die unterproportionale Stellenentwicklung bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung jetzt bei den Einsparmaßnahmen berücksichtigt?
86. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie hat sich seit 1960 das Verhältnis der Personalstellen bei den Wasser- und Schifffahrtsämtern im Vergleich zu denen bei den Mittel- und Oberbehörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung entwickelt, und wie will die Bundesregierung gegebenenfalls der zunehmenden Bürokratisierung in diesem Bereich entgegenreten?
87. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit bei Moped- und Motorradfahrern und der schlechten Erkennbarkeit dieser Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr, und sieht die Bundesregierung darin, daß Moped- und Motorradfahrern in Zukunft vorgeschrieben wird, auch am Tag mit Abblendlicht zu fahren, ein wirksames Mittel, die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen?
88. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf zweispurigen Straßen — wie in der Schweiz mit Erfolg eingeführt — Radwegspuren durch einen gelben Trennstrich auszuweisen, der den Radfahrern einerseits als Leitlinie dient und es den Autofahrern andererseits bei Nichtbenutzung durch Radfahrer dennoch ermöglicht, den Radwegstreifen mitzunutzen?
89. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine derartige Begrenzung der Radfahrer auf einen Teil der Fahrbahn für diese sicherer ist als keinerlei Markierung, oder befürchtet die Bundesregierung, daß eine derartige Maßnahme zu einem falschen Sicherheitsgefühl der Radfahrer führen wird?
90. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen direkten grenzüberschreitenden Schienenverkehr zwischen dem Raum Düsseldorf — Neuss — Mönchengladbach — Antwerpen, durch den die Schienenstrecke Mönchengladbach — Antwerpen um rund 100 km verkürzt würde und die Standortgunst des durch hohe Arbeitslosigkeit geprägten Wirtschaftsraums Mönchengladbach verbessert werden könnte, herzustellen?

91. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn in der Ortschaft Miellen (Verbandsgemeinde Bad Ems) einen Bedarfshaltepunkt für den Personennahverkehr einrichtet, um den Miellenern Auspendlern, die heute an dem mehr als zwei Kilometer entfernten Bahnhof Friedrichsgegen ein- bzw. aussteigen müssen, zukünftig die Benutzung dieses einzigen öffentlichen Verkehrsmittels in Richtung Koblenz zu erleichtern?
92. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Welche Erweiterung des Flughafens Frankfurt/Main strebt die Bundesregierung gegebenenfalls im Hinblick auf die Erhöhung der Sicherheit auf dem Hintergrund der Beteiligung des Bundes an der Flughafen AG an, und wie stellt sie sich in diesem Zusammenhang zu dem Schutz des durch diese Maßnahmen betroffenen Walds, der wesentlich der Erholung der Bevölkerung des Ballungsgebiets dient?
93. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Staaten Europas deutsche Bundesbürger mit ihrem Auto mit einem Funksprechgerät bzw. Autotelefon einreisen und diese verwenden können, und in welchen Ländern müssen beim Grenzübergang die betreffenden technischen Anlagen aus dem Auto herausmontiert werden bzw. für die Zeit während des Auslandsaufenthalts außer Betrieb gesetzt werden?
94. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Gibt es dazu bilaterale Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen Staaten, und wären es in Anbetracht des zunehmenden privaten und dienstlichen Funksprechverkehrs in Autos und der Verwendung von Autotelefonen angebracht, die breitere Öffentlichkeit durch die verschiedenen Medien von den unterschiedlichen Regelungen zu unterrichten?
95. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Werden künftig Mitglieder der Bundesregierung, wie z. B. der Parlamentarische Staatssekretär Wrede, der unlängst bei der Auszeichnung langjähriger Mitglieder der Deutschen Postgewerkschaft des Ortsverbands Hagen die Ehrungen vornahm, auf Einladung gegebenenfalls in entsprechender Weise auch die Würdigungen verdienter Mitglieder anderer Verbände, die die Interessen der Mitarbeiter der Deutschen Bundespost vertreten, vornehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

96. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse von Untersuchungen der Fraunhofer-Gesellschaft und von Untersuchungen aus der Schweiz, wonach der Heizölverbrauch vergleichbarer Häuser — einmal in konventioneller Bauart mit rund 25 v. H. Fensteranteil und einmal in einer Bauart mit 90 v. H. Fensteranteil — gleich ist, weil die Einstrahlung von Sonnenenergie und die damit verbundene Aufheizung innerhalb von 24 Stunden stärker ins Gewicht fällt als die Wärmeverluste, die durch den geringeren Dämmwert der Fensterverglasung nachts entstehen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

97. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Schweizer Untersuchungen bekannt, wonach es mehrere Maßnahmen zur Energieeinsparung im Bereich des Wohnungsbaus gibt, die ungleich wirkungsvoller sind als die unbedeutende Wirkung einer verbesserten Wärmedämmung aller Neubauten, und ist die Bundesregierung bereit, aus diesen Erkenntnissen Schlußfolgerungen in Form einer Neugestaltung der Wärmeschutzverordnung zu ziehen, nachdem beim Erlaß der Wärmeschutzverordnung vom 21. November 1977 u. a. davon ausgegangen wurde, daß durch eine Verbesserung der Wärmedämmung eine wesentliche Energieeinsparung bei der Beheizung von Gebäuden erzielt werden kann?
98. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß durch die Befolgung der Wärmeschutzverordnung die Möglichkeiten zur Gestaltung von Fassaden und das davon abhängige äußere Bild der Bauwerke außerordentlich eingeengt und sehr ungünstig beeinflußt werden, ohne daß damit die beabsichtigte Energieeinsparung erreicht wird?
99. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Ergebnisse haben bisher die Bemühungen der Bundesregierung erbracht, zu einer verbrauchsgerechten und damit energiesparenden Heizkostenabrechnung in den privaten Haushalten zu kommen, und bei welchen Initiativen stehen Ergebnisse noch aus?
100. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundespostminister zu einer Bestandsüberprüfung posteigener Wohngebäude und Wohngrundstücke mit der Absicht aufgerufen hat, bebaute Grundstücke an Postbedienstete zu veräußern oder über den Immobilienmarkt Käufern zum Erwerb anzubieten, und wenn ja, was wird die Bundesregierung veranlassen, um ihrer unmittelbaren Fürsorgepflicht als oberster Dienstherr gerecht zu werden und zu vermeiden, daß hier der Spekulation mit Bundesvermögen Vorschub geleistet wird?
101. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Wird das Bundeswohnungsministerium gegebenenfalls solche von der Deutschen Bundespost angestellten Überlegungen zum Anlaß einer gesetzlichen Regelung nehmen, und welche Initiativen sind vorgesehen?
102. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die von dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Sperling, auf der öffentlichen Kundgebung des Landesverbands südwestdeutscher Mietervereine erwähnten Überlegungen der Bundesregierung nach einer gesetzlichen Verankerung einer Informationspflicht des Vermieters im Zusammenhang mit der Veräußerung von Sozialmietwohnungen gediehen, und an welche konkreten Maßnahmen ist dabei gedacht?
103. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung auch nach dem Ergebnis ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU zur Eigentumsbildung im Sozialwohnungsbestand derartige Maßnahmen für erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

104. Abgeordneter
Jung
(FDP) Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß amerikanische Erkenntnisse, nach denen rund zwei Drittel der wesentlichen Innovationen von kleinen Unternehmen und einzelnen Erfindern getragen werden, annähernd auch auf die deutschen Verhältnisse zutrifft, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
105. Abgeordneter
Jung
(FDP) Welche Zuschußkriterien garantieren im Verantwortungsbereich der Bundesregierung, daß Forschungs- und Entwicklungshilfen nicht in erster Linie den Unternehmen mit den größten Forschungs- und Entwicklungsapparaten zufließen?
106. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Was sind die Gründe dafür, daß das Bundesforschungsministerium sich an den Kosten der Verkehrsausstellung 1979 in Hamburg mit 1 Million DM insgesamt beteiligt, und warum wird dies nicht über das Bundesverkehrs- oder Bundeswirtschaftsministerium abgewickelt?
107. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Ausgaben des Bundes für Wissenschaft, Forschung und Technologie in den Jahren 1969 bis 1977, nach Grundlagenforschung und angewandter Forschung gegliedert?
108. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen findet eine Koordinierung der Ressortforschung bei der angewandten Forschungsförderung der Bundesregierung statt, wenn im Bereich der zivilen Forschung und Entwicklung das Bundesforschungsministerium über 80 v. H. aller Forschungsprojekte der Bundesregierung abwickelt und dadurch zwischen Verwaltungsaufwand und Ertrag ein nicht mehr zu rechtfertigendes Verhältnis existiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

109. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Sieht die Bundesregierung — z. B. durch zur Verfügungstellung von gezieltem Informationsmaterial — Möglichkeiten, den von Jahr zu Jahr immer stärker werdenden Touristenstrom deutscher Urlauber in Entwicklungsländer mit den entwicklungspolitischen Problemen und Lösungsmöglichkeiten vertraut zu machen, um so in der deutschen Bevölkerung ein stärkeres Problembewußtsein für die Notwendigkeit von Entwicklungshilfeleistungen zu schaffen, und wenn ja, wird sie diese Möglichkeiten nutzen?
110. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP) Hat die Bundesregierung diesbezüglich bereits etwas unternommen, und wenn ja, was?
111. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Will die Bundesregierung trotz haushaltsrechtlicher Bedenken des Bundesrechnungshofs an ihrer globalen Schuldenerlaßaktion für die ärmeren Entwicklungsländer festhalten, und warum zieht sie es nicht vor, ihre Entscheidungen jeweils im Einzelfall zu treffen?

Bonn, den 10. November 1978